Nr. 106
B 53

Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 2. März 1928
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3000—3665 für das Fernverkehr: Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Kampf um den Panzerkreuzer A

Groener plädiert

Bei der Beratung des Marine-Etats im Hauptausschusse des Reichstages setzte sich Reichswehrminister Groener besonders für die Bewilligung des Panzerkreuzers A ein: Welche Aufgaben hat unsere Flotte? Es handelt sich erstens um den Schutz unserer Küsten, zweitens um die Sicherung für uns lebenswichtiger Verbindungen über die Ostsee, drittens um das Offenhalten der Ostseehäfen Königsberg, Stettin, Lübeck, Kiel — welche Bedeutung während des ganzen Krieges der Verkehr über die Ostsee gehabt hat, ist ja bekannt —; viertens die Sicherung unserer Verbindung mit Ostpreußen — sie ist wichtig in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Beziehung —; fünftens die Sicherung unserer Neutralität.

Heer und Marine bilden ein einheitliches Problem des Landschutzes. Die Landkräfte allein können die Aufgabe des Schutzes Ostpreußens nicht übernehmen: wir brauchen dabei ein Zusammenwirken von Landheer und Marine. Der Einwand, man könne Ostpreußen besser auf wirtschaftlichem Gebiet helfen, ist nicht stichhaltig. Denn wirtschaftliche Maßnahmen allein beseitigen nicht die Gefahr, die durch kriegerische Verwicklungen drohen, ohne daß wir daran aktiv beteiligt sind.

Was die etwaigen außenpolitischen Wirkungen angehet, so sind wir in Uebereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt. Natürlich wird ein solcher neuer Typ der „Panzerschiffe" alle Fachleute interessieren, aber daß wir unsere 28 Jahre alten überalteten Schiffe ersetzen, wird jedes Land verstehen. Wir dürfen uns freiwillig nicht noch mehr entwaffnen als wir dazu gezwungen sind. Alle Gründe militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art fordern den Bau. Wir sind nach meiner Ueberzeugung mit dem neuen Schiff auf dem richtigen Wege. Ich bitte dringend um die Genehmigung.

Abg. Eggerstedt (Soz.) legt die Gründe dar, die gegen den Bau von Panzerschiffen sprechen. **Bis vor kurzem sei selbst Admiral Zenker noch gegen diese Panzer gewesen. Dieser Panzer koste 70 bis 80 Millionen; vier davon seien nötig; wir sollen also 320 Millionen bewilligen.**

Haas erwidert

Abg. Dr. Haas-Baden: Wir werden alles unterstützen, was geeignet ist, unsere Grenzen zu schützen. **Wir glauben aber, daß der Bau von Panzerkreuzern in unserer schweren finanziellen Lage nicht verantwortet werden kann, weil er uns außenpolitisch und militärisch nicht stärkt.**

Wir verlassen uns gerade auf dem Gebiete der Marine nach den Erfahrungen des Krieges nicht mehr auf das Urteil der sogenannten Sachverständigen. Man hat vor dem Kriege unsere Flottenpolitik mit der Notwendigkeit begründet, daß unser Ueberseehandel geschützt und die Ueberseeverbindungen gesichert sein müßten. Man hat auch von der Sicherheit der Verbindung mit unseren Kolonien gesprochen. Wir wissen heute, daß die Marine nicht in der Lage war, diese Aufgaben zu erfüllen.

Wenn man Panzerkreuzer baut, muß man trotz allem Friedenswillen sich den Sinn vorstellen, in dem sie verwendet werden sollen. Kriegsschiffe baut man nicht für den Frieden, sondern für den Krieg. Wenn eine der großen Seemächte oder auch nur eine große Landmacht auf der anderen Seite steht, nützen uns die Panzerkreuzer nichts. **Wenn es sich aber nur darum handelt, unsere Grenzen zu schützen, dann müssen sie mit den Landstreitkräften geschützt werden, und können nur zu Lande geschützt werden.**

Wir sehen in der jetzt vorliegenden Forderung des Panzerkreuzers einen Rückfall in den alten Militarismus. Unter „Militarismus" verstehen wir nicht das berechtigte Bestreben, seine Grenzen gegen ungerechte Angriffe so stark wie möglich zu schützen. Die Verteidigung seiner Grenzen ist höchste Pflicht eines Volkes. **Unter Militarismus verstehen wir vielmehr eine Militärpolitik, die Armee und Marine nicht als notwendiges Mittel zu einem politischen Zweck, sondern als Selbstzweck betrachtet und die sich von Aeußerlichkeiten leiten läßt.** Dieser Militarismus hat uns vor dem Kriege zu einer Flottenpolitik geführt, die England, nachdem Bismarck nicht mehr Halt gebot, auf die andere Seite drängte. Dieser Militarismus hat uns also nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Ich denke an jenen Militarismus, der eine Feldartillerie entwickelte, die zwar glänzend reiten, aber nicht schießen konnte. Ich denke auch daran, daß noch mitten im Kriege jener an Aeußerlichkeiten hängende Militarismus zwar große Reden, und zwar vorzeitig und unklug, für den U-Boot-Krieg hielt, aber einen wirklich starken U-Bootbau verhindert hat. **Wenn wir geschwiegen hätten, wäre unser Schicksal vielleicht ein anderes geworden. Wir haben die Ueberzeugung, daß der Bau der vier Panzerkreuzer nicht aus Gründen militärischer Notwendigkeit gefordert wird, sondern daß man, wie früher, die Marine aus dem Zusammenhang der gesamten Politik und aus dem Zusammenhang der allgemeinen Landesverteidigung herausreißt, sie als völlig selbständiges behandelt und aus Prestigegründen sich Panzerkreuzer wünscht.** Unsere schwere finanzielle Lage, aber auch die allgemeine politische und militärische Erwägungen erlauben es nicht, einer Forderung zuzustimmen, deren Erfüllung unsere Landesverteidigung nicht stärken wird.

Ungarn vor dem Rat

Bethlens „Erfolg"

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 2. März

Die recht interessanten und trotz ihrer juristischen Formen politisch sehr wichtigen Verhandlungen im Redaktionsausschuß des Sicherheitskomitees, wo sich bisher eine immer weitere Annäherung zwischen dem französischen und dem deutschen Standpunkt in der Frage der regionalen Sicherheitspakte und des Initiativrechts des Rates für den Abschluß solcher Verträge vollzieht, werden mehr und mehr überschwemmt von den Erörterungen über die bevorstehende Ratstagung. **Die politische Hauptfrage der nächstmöglichen Verhandlungen des Völkerbundrates, die Investigationsklage gegen Ungarn, wird dank des maßlos ungeschickten und provokatorischen Vorgehens der Budapester Regierung wahrscheinlich zu einer erheblichen Verschlechterung der Situation Ungarns führen, für die sich dann die ungarischen Patrioten beim Grafen Bethlen bedanken dürfen.**

Es steht, wie ich erfahre, ziemlich sicher fest, daß der rumänische oder der französische Ratsdelegierte — vielleicht übernimmt die Aufgabe aber auch einer der ehrlich gegen Budapest aufgebrachten Neutralen — **ein geschäftsordnungsmäßiges Verfahren für die Einreichung und Behandlung von Investigationsklagen beantragen wird, das praktisch auf eine Verschärfung dieses peinlichen Verfahrens hinauslaufen wird.** Das wird das erste Ergebnis der Bethlenschen Taktik sein, an dem natürlich auch aller deutscher Widerstand gegen jede Erschwerung des Investigationsverfahrens kaum etwas wird ändern können. Denn daß im Völkerbundrat eine Mehrheit für die Beschlußfassung über eine geschäftliche Regelung der Behandlung von Investigationsanträgen, die bisher fehlt, vorhanden ist, unterliegt keinem Zweifel.

Das zweite Ergebnis, das zwar nicht durch die „Verbrechen" Ungarns, wohl aber durch die Haltung der ungarischen Behörden veranlaßt würde, wäre **die Entsendung einer Investigationskommission nach Ungarn, deren Auftrag noch über die Prüfung der letzten Maschinengewehrlieferung hinausginge.** Ob sich dafür im Rat eine Mehrheit findet, kann heute noch zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls steht fest, daß, wenn die Maschinengewehre noch heute in Szent-Gotthard unzerstört und unverkauft in ihren Kisten liegen würden, die Situation der Kleinen Entente viel unglücklicher und die Ungarns weit günstiger wäre. Es geht eben nichts über eine anmaßende und dabei auch noch ungeschickte Regierung.

Briands Forderung an Genf

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, 2. März

Im „Matin" erklärt Sauerwein zu dem ungarischen Waffenschiebungsskandal, daß sich Briand in Genf diesmal unbeugsam zeigen und daß er die strengste Untersuchung gegen Ungarn beantragen werde. Das müsse Briand schon tun, um die Politik von Locarno zu stärken. In den Locarno-Verträgen hätten die Alliierten einige von ihren Siegerrechten aufgegeben und dem Völkerbund übertragen. **„Wenn sich aber nun gelegentlich des ungarischen Skandals herausstellen sollte, daß der Völkerbund unfähig sei, die Achtung der Verträge zu sichern und eventuell zu erzwingen, dann darf man nicht annehmen, daß die französische Regierung die Hände in den Schoß legen und daß das französische Parlament auf jede Kontrolle verzichten wird. Es werden sich sicher Abgeordnete und Senatoren genug finden,** fährt Sauerwein wörtlich fort, **die verlangen werden, daß die Alliierten sich wieder die früher besessenen Rechte zurücknehmen, wenn man sich in Genf unfähig zeigen sollte, sie zu schützen."**

Die englisch-ägyptischen Verhandlungen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **London**, 2. März

Das ägyptische Kabinett hat sich gestern in einer Sitzung mit dem englisch-ägyptischen Vertrag beschäftigt. Obgleich eine offizielle Entscheidung des Kabinetts noch nicht bekanntgegeben ist, sieht man es in politischen Kreisen Kairos als feststehend an, daß es den neuen ägyptisch-englischen Vertrag ablehnen wird, da das Kabinett in dieser Hinsicht durch die Entscheidung der Wafd-Partei, die die Mehrheit im Kabinett besitzt und sich in einer Fraktionssitzung für die Ablehnung des Vertrages ausgesprochen hat, gebunden ist. Der Hauptgrund für die Ablehnung des Vertrages wird in der Klausel gesehen, die die Aufrechterhaltung von englischen Garnisonen in Aegypten regelt. Diese Bestimmung sei, so wird in Aegypten betont, für die Aegypter unannehmbar, da sie dadurch die Besetzung anerkennen würden, die sie bisher stets abgelehnt haben.

Gesandter Olszewski

Die Mitteilung, daß der polnische Gesandte Olszewski nach Angora versetzt werden soll, trifft nach glaubhafter Versicherung nicht zu. Es ist auch nicht anzunehmen, daß vor dem Abschluß der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ein Wechsel in der polnischen Gesandtschaft in Berlin eintritt. Die Vertragsverhandlungen aber können noch mehrere Monate dauern. Es gibt jetzt wieder Schwierigkeiten wegen der Grenzzonen-Verordnung der polnischen Regierung, die ihr das Recht gibt, innerhalb einer 30-Kilometer-Zone an der polnisch-deutschen Grenze Ausländer, d. h. Deutsche, die eigenen Grundbesitz haben, zum Verkauf dieses Besitzes innerhalb eines Jahres zu zwingen. Augenblicklich ist man deutscherseits bemüht, die Zurücknahme dieser Verordnung von Warschau zu erreichen. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen fallen. Im Falle einer günstigeren Erledigung ist beabsichtigt, die Handelsvertragsverhandlungen, in denen jetzt eine Pause eingetreten ist, am 14. März erneut aufzunehmen.

Immer schärfer in Süd-Tirol

Den „Innsbrucker Nachrichten" zufolge teilen die fascistischen Blätter in Südtirol mit, daß die Italisierung der Familiennamen nunmehr auch auf Einschreiten der Behörden, selbst wenn der Interessierte keine entsprechenden Schritte unternimmt, erfolgen kann. Der fascistische Provinzialsekretär von Bozen, Giarratana forderte eine Verschärfung dieser Vorschriften in der Weise, daß **nicht nur die Rückführung von Schreibnamen auf ihre ursprüngliche italienische Form erfolge, sondern daß auch „in radikaler Weise exotische, unübersetzbare Schreibnamen in schönklingende italienische Schreibnamen umgewandelt werden."**

Gegen die fascistische Gewaltpolitik

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

m **Belgrad**, 2. März

Gestern wies in der Skupschtina der einzige sozialdemokratische Abgeordnete Südkroatiens Petrojon auf die schwere Lage der südslawischen Minderheiten in Italien hin. Er betonte, daß Oesterreich, dieses kleine, unglückliche Land, den Mut hatte, seine Stimme zur Verteidigung der deutschen Minderheit in Südtirol zu erheben. Es wäre wünschenswert, wenn das südslawische Parlament sich auch der südslawischen Minderheiten in Italien erinnern würde, die wirtschaftlich und national zum Untergang verurteilt seien und in letzter Zeit auch ihrer Namen verlustig gingen. Die Ausführungen des Abgeordneten fanden lebhaften Beifall.